



trierer keiken

Zeitung der DKP Trier - 3. Quartal 2010

Steuerparadies BRD

Wo das Geld hin ist, dass im Staatssäckel fehlt und Sparvorschläge der DKP lesen Sie auf

Seite 2

Triers leere Kassen

Wo und wer daran verdient ... Über die Folgen einer verfehlten Steuerpolitik lesen Sie auf

Seite 3

EnPeDe...

Babic will nach Mainz ... Über den Antritt der NPD zur Landtagswahl 2011 lesen Sie auf

Seite 4

DIY-Sozialabbau

Bürgerhaushalt: Wie Sie endlich basisdemokratisch sparen können lesen Sie auf

Seite 4

Schallschutz und seine Folgen

Trier Ende letzten Jahres staunten die Anwohner des unteren Kiewelsberges, der Hawstraße und Weiherstraße nicht schlecht, als ihnen die Mitteilung der deutschen Bahn ins Haus flatterte, unmittelbar an ihre Gärten grenzend, würde eine Schallschutzmauer gebaut werden.

Die Anwohner und Besitzer dieser wunderschönen alten Gärten leben seit Generationen mit Blick auf die Bahn und auch mit dem entsprechenden Geräuschpegel. So kamen sie auch noch in den Genuss des vor einiger Zeit stattgefundenen Dampfspektakels.

Dieses beeindruckende und schöne Erlebnis wird allerdings nicht wiederkehren, da jetzt den Blick auf die Schienen, die alten Bäume im Hintergrund und auch die anliegenden Häuser der Euchariusstraße eine hässliche Mauer stört.

Natürlich gehen auch hier die Meinungen auseinander. Nicht jeder ist ein Eisenbahnfreak und auch nicht jeder hat soviel ästhetisches Empfinden, das den Anblick einer gewachsenen Landschaft einer Blechwand vorzieht.

Nun aber steht die 3m hohe Schallschutzwand mit all ihren Vor- und Nachteilen. Dem Bau fiel ein alter Baumbestand mit den entsprechenden Nist-



2,4 Millionen Euro teure "Schallschutz"-Wand - viel Geld für wenig Effekt

Foto: FB

plätzen der Vögel zum Opfer. Das rudere Ökosystem mit seinen seltenen Pflanzen, aber auch Tieren welches man an Bahnstrecken findet, hat unter der Baumaßnahme erheblich gelitten. Auch die Sorge der Anwohner um ihre Häuser, bedingt durch die erheblichen Erschütterungen während des Baus, sind verständlich. Was sind denn nun die Vorteile, fragen sich die Anwohner. Der Geräuschpegel ist gleich geblieben. Was nicht weiter stört, da die modernen Züge sowieso immer leiser werden. Manch einer fragt sich natürlich, ob diese erheblichen

Kosten, für die gesamte Baumaßnahme sind es laut TV 2,4 Millionen Euro, nicht vermeidbar gewesen wären, indem man die betroffenen Anwohner vorher nach ihrer Meinung gefragt hätte. Demokratische Entscheidungen unter Einbeziehung der Betroffenen und keine Verschleuderung von Steuergeldern im fernen Berlin wäre wünschenswert.

Die Bahnverbindung nach Luxemburg müsste dringend noch mehr ausgebaut werden. Aber wo ist das Geld dafür geblieben?

SiS

Streichen bei den Reichen

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine derart massive Steuerentlastung für Reiche, Spitzenverdiener, Bezieher von Gewinneinkommen und Profiten von Kapitalgesellschaften, wie im vergangenen Jahrzehnt. Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer, Spitzensteuersätze, Erbschaftsteuer, Zinsabschlagsteuer, Vermögensteuer - überall wurden die Tarife nach unten korrigiert und zusätzlich Vorteile gewährt.

Hier ist das Geld zu holen, was die Bundesregierung den Hartz-IV-Empfängern, den Arbeitslosen, den Armen und von Armut bedrohten mit ihrem "Jahrhundert Sparpaket" aus den Taschen nehmen will.

Wie viel den Reichen und Superreichen in den letzten Jahren an Milliarden Euros geschenkt wurde, und damit die Staatskasse für die Banken und Konzerne geleert wurde, zeigt eine auszugsweise Auflistung der Steuer geschenke aus den isw-wirtschaftsinfos 42 "Bilanz der Großen Koalition 2005 bis 2009" und der Nummer 43 "Bilanz 2009 - Ausblick 2010" (www.isw-muenchen.de)

Reichtums-Beschleunigungsgesetz

Trotz Finanzkrise und wegbrechender Steuereinnahmen bediente neue Bundesregierung die Besserverdiener mit Milliarden-Steuer geschenken. Zu den

ersten Amtshandlungen gehörte die Verabschiedung des "Wachstumsbeschleunigungsgesetzes", das am 1. Januar 2010 in Kraft trat. Der Wortbandwurm soll suggerieren, dass durch diese Steuersenkungen Wachstum und Beschäftigung angekurbelt würden.

Abschaffung der Vermögensteuer

Im Jahr 1997 strich die Kohl-Regierung die Vermögensteuer. Jährlicher Steuerausfall: über vier Milliarden Euro.

Senkung des Spitzensteuersatzes

Seit 2001 wurde der Spitzensteuersatz mehrfach um insgesamt 11 Prozent auf 42 Prozent gesenkt. Nutznießer dieser Steuersenkung sind neben Top-Managern vor allem die Bezieher von Gewinneinkommen, gutverdienende Freiberufler, Einzelunternehmen und Gesellschafter von Personengesellschaften. Bei diesen Firmen wird nicht der Gewinn besteuert, sondern die Gewinnentnahmen der Unternehmer und Gesellschafter. Laut einer Studie des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zahlen Spitzenverdiener aufgrund der zahlreichen Steuervermeidungsmöglichkeiten nicht einmal diesen Spitzensteuersatz. Danach wurden die 450 Topverdiener in Deutschland mit dem höchsten Top-Einkommen im Jahr 2002



im Schnitt nur mit 34 Prozent belastet.

Geschätzter Steuerausfall: jährlich ca. 12 Milliarden Euro.

Unternehmensteuerreform

Die nominelle steuerliche Belastung von Kapitalgesellschaften wurde auf unter 30 Prozent (29,51 Prozent) gesenkt. Wesentlicher Schritt dazu war die erneute Senkung des Körperschaftsteuersatzes um zehn Prozentpunkte auf nunmehr 15 Prozent.

Erbschaftsteuerreform

Mitten in der Finanzkrise beschloss die Große Koalition ein Gesetz, das die Geldvermögensbesitzer noch reicher macht und damit das Problem der überschießenden Geldfluten noch vergrößert.

Trotz steigender Erbsummen - jährlich etwa 200 bis 300 Milliarden Euro - rechnet der Fiskus nur mit einem gleichbleibenden Erbschaftsteueraufkommen von vier bis 4,5 Milliarden Euro.

Deutschland bleibt eine Steueroase für Erben. Gerade hier wäre die Chance gewesen, die Geldfluten wenigstens etwas abzuschöpfen und zusätzliche und stabile Finanzierungsmöglichkeiten für Zukunftsprogramme zu schaffen.

AR

Termine

Öffentliche Mitgliederversammlungen:

- # Politikwechsel erkämpfen - Forderungsprogramm
am 07.08.2010 17:00 h
- # 65 Jahre Hiroshima - atomare Bedrohung heute
am 05.09.2010 17:00 h
- # Arbeiterklasse heute
am 02.10.2010 17:00 h

Ort auf Anfrage

info@dkp-trier.de - www.dkp-trier.de

Leere Kassen in Trier

An der Verschuldung der Stadt verdienen die Banken

„Athen lässt grüßen“, so kommentierte der Trierische Volksfreund den neuen Haushalt der Stadt Trier und die Auflagen der Aufsichts- und Dienstleistungsbehörde (ADD). Eine Million Euro soll die Kommune einsparen. Damit sie das auch tut, wird die entsprechende Summe im Haushalt gesperrt. Ausgaben über 100.000 Euro sind künftig genehmigungspflichtig. So wird die Entscheidungsbefugnis des Stadtrates, also der gewählten Vertretung der Trierer BürgerInnen, zur Farce. Die 20.000 Euro für das Verteilen kostenloser Verhütungsmittel in sozialen Brennpunkten hat die ADD bereits gestrichen. Sozial- und Demokratieabbau gehen Hand in Hand. Trier hat insgesamt Schulden in Höhe von 575 Millionen Euro, für die jährlich 20,2 Millionen Euro Zinsen gezahlt werden müssen. Im neuen Haushalt (der auch von der Linksfraktion im Stadtrat mitgetragen wurde!) ist ein Defizit von über 66 Millionen Euro bereits eingeplant. Höhere Einnahmen sind auch nicht in Sicht, im Gegenteil: Es wird damit gerechnet, dass die Steuereinnahmen der Stadt Trier weiter zurückgehen werden; im Kreis Trier-Saarburg sind sie im vergangenen Jahr bereits um 21% gesunken. Nur die Grundsteuer soll nun angehoben werden – die Gewerbesteuer bleibt unangetastet, obwohl sie neben Bundes- und Landeszuschüssen die wichtigste Einnahmequelle der Stadt ist. Es ist zu erwarten, dass auch in Trier in den kommenden Jahren kräftig gespart und gekürzt werden wird, immer unter Verweis auf den „Sparzwang“. Dabei ist die miese Finanzsituation der Kommunen u.a. durch



Abwälzung der Kosten für Hartz IV bewusst herbeigeführt worden. Und genau an dieser Stelle, bei den freiwilligen Sozialausgaben, wird wohl „der Gürtel enger geschnallt“ werden. Die BürgerInnen sollen nun für Schulden haftbar gemacht werden, die sie nicht verursacht haben und von deren Begleichung sie auch nichts haben werden. Aber die Ausgaben für die Zinszahlungen an die Banken sind natürlich „pflichtig“, die Sozialausgaben dagegen sind „nicht pflichtig“ und können daher eingespart werden. Der Volksfreund bereitete in seinem Kommentar folgerichtig auch schonmal darauf vor, die BürgerInnen müssten eben „auch mit weniger Leistung zufrieden sein“ (TV vom 10.05.) Doch noch weniger Leistung können wir uns nicht leisten! Streichen der Zinszahlungen an die Banken! Schluss mit dem Sparen auf unsere Kosten!

SL

Ja ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm
 die UZ, Wochenzeitung der DKP 4 Wochen testlesen Mitglied der DKP werden

Name / Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

E-Mail

Ausfüllen, eintüten und schicken an: DKP Trier, c/o: C. Sommer, Hawstr. 9, 54290 Trier, info@dkp-trier.de



Keine Nazis in den Landtag!

Mainz/Trier Am 27. März 2011 sind wieder Landtagswahlen. Auch die Faschisten der NPD sind aktuell dabei Stützunterschriften für ihre im Monat Mai aufgestellte Truppe zu sammeln. Ganz vorne mit dabei die ehemalige DVUlerin und jetzige Landesvorsitzende Dörthe Armstroff aus dem Westerwald. Ihr interner Widersacher und organisatorischer Leiter der NPD im Lande, Markus Walter folgt ihr auf Platz zwei. An dritter Stelle ist Trier mit Safet Babic vertreten. Der selbsternannte Befreiungsnationalist bosnischer Herkunft - so ungefähr im 20. Semester Jura bzw. Politik - tut sich in Trier insbesondere durch aus dem Zusammenhang gerissenen Mao-Tse-Tung Zitaten, verlangsamtem Sprachfluss und eigenwilliger Interpretation der Strafprozessordnung hervor. (Ich mache mal von meinem Jedermanns - Festnahmerecht gebrauch und schlag gerade

von der Polizei entlassenen Antifaschisten die Birne ein...) Auch sonst sind nicht gerade große Leuchten dabei: Klaus Acker aus Wörth a.R., Rene Teufer (früher Mitglied in der verbotenen FAP, heute aktiv im Aktionsbüro Rhein-Neckar). Mit Tina Müller erreicht die NPD gar eine Frauenquote von 20% (für Rheinland-Pfalz ein Novum!) Der „Netzaktivist“ aus dem Umfeld der Nationalen Sozialisten Mainz-Bingen und Vorsitzender der NPD an der Nahe Ingo Helge belegt Platz acht. Auf den Plätzen neun und zehn folgen ihm Detlev - „Die Bombe für's System“ - Walk und Mark Simon von der Kameradschaft Zweibrücken. Mit ihrer Liste zur

Landtagswahl dokumentiert die NPD einmal mehr ihre Nähe zu den militanten sog. „freien Kräften“. Auch wenn mit einem Einzug der National-„demokraten“ in den Mainzer Landtag nicht zu rechnen ist, so bedeutet doch jede Stimme für die Faschisten Steuergelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung, vorausgesetzt sie überwinden die dazu angesetzte Ein-Prozenthürde wie zuletzt im Landesschnitt bei den Kommunalwahlen. Jede Stimme für die NPD bedeutet weitere Steuermittel für nationalistische, rassistische und antisemitische Propaganda. Die DKP fordert daher - nicht nur aus Sparzwängen - ein Verbot der NPD. Alte und neue Nazis dürfen sich nicht länger unter dem Deckmäntelchen der Demokratie zusammenrotten. Den Artikel 139 Grundgesetz umsetzen!



FB

Do-It-Yourself Sozialabbau Zweiter Trierer Bürgerhaushalt gestartet

Stellen sie sich folgendes vor: sie werden für etwas verhaftet, dass sie nicht getan haben. Der Richter lässt Milde walten - sie bleiben verhaftet, aber sie dürfen einen Vorschlag für die eigene Strafe machen. Was hier komisch klingt, wird im Prinzip jetzt schon das zweite Mal in Trier so gemacht, kostete letztes Mal 50.000 und diesmal 30.000 bis 40.000 Euro. Das Ganze heißt Bürgerhaushalt und funktioniert so: BürgerInnen können Vorschläge einreichen, wie die Stadt haushalten soll, entscheiden tut dann der Stadtrat. Dass es mit Vorschlägen, für die Geld ausgegeben werden muss, bei der Haushaltslage der Stadt Trier schlecht aussieht, kann sich jeder vorstellen. Umso

lieber sieht die Stadt Vorschläge, wie sie mehr Geld einnehmen oder welches einsparen kann. Das sieht man auch an den Vorschlägen aus dem letzten Bürgerhaushalt, die jetzt umgesetzt werden sollen: z.B. Erhöhung der Grundsteuer, Einführung einer Abgabe für Touristen, Erhöhung der Fernleihgebühren in der Stadtbibliothek und sogar Reduzierung der Ämter und Dezernentenstellen in der Stadtverwaltung. Bezogen auf unsere kleine Geschichte vom Anfang heißt das folgendes: Die Tat, für die man sie in Haft genommen hat und für die sie nichts können, ist die Haushaltslage der Stadt Trier, sind vor allem die Schulden bei den Banken. Und ihr Vorschlag für ihre Strafe sind die

Kürzungs- und Sparvorschläge, die sie im Rahmen des Bürgerhaushaltes machen sollen. Natürlich können sie auch vorschlagen, dass sie freigelassen werden. Mehr als ein müdes Lächeln werden sie dem Richter damit aber nicht entlocken können, denn der heißt in unserem Fall Klaus Jensen und hat für den Bürgerhaushalt die Devise ausgegeben: „Ihr könnt mitwirken, aber nicht mitbestimmen.“ Außer dass man die Sparmaßnahmen, die einem zugemutet werden, jetzt selbst vorschlagen soll, hat das ganze noch einen anderen Sinn: Unsere Anliegen werden gegeneinander ausgespielt, nach dem Motto: ich kürze dir deinen Sportplatz, dann bleibt meine Schule.

SL